

AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG



MD-46-2/93

Wien, 10. Februar 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Landarbeitsgesetz
1984 geändert wird;
Begutachtung;
Stellungnahme

An das
Präsidium des Nationalrates

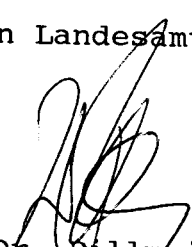
Betrifft	GESETZENTWURF
.....-GE/19. 13
Datum:	15. FEB. 1993
Verteilt	24.2.93 Landoers

L. Kojak

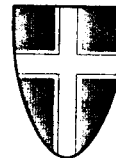
Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)


Dr. Pillmeier
Obersenatsrat

WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 40 00-82122

MD-46-2/93

Wien, 10. Februar 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Landarbeitsgesetz
1984 geändert wird;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu Zl. 52.335/8-2/92

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Auf das do. Schreiben vom 21. Dezember 1992 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung mitzuteilen, daß gegen den im Betreff bezeichneten Gesetzentwurf grundsätzlich keine Bedenken bestehen.

Im einzelnen ist jedoch folgendes anzumerken:

Zu Z 3 (§ 17 Abs. 4):

Hier sollte aus Gründen der Einheitlichkeit der Begriff "Arbeitsvertrag" durch den Begriff "Dienstvertrag" ersetzt werden.

Zu Z 5 (§ 26 Abs. 3):

Zu dem in dieser Bestimmung vorgenommenen Verweis auf § 26 Abs. 2 Z 1 (Z 4a des Entwurfes) ist anzumerken, daß im § 26 Abs. 2 Z 1 kein Zeitraum für eine Pflegefreistellung normiert wird, sondern vielmehr ein wichtiger Dienstverhinderungsgrund.

- 2 -

Im Hinblick darauf wird empfohlen, im Abs. 3 § 26 Abs. 1 in Verbindung mit § 26 Abs. 2 Z 1 zu zitieren.

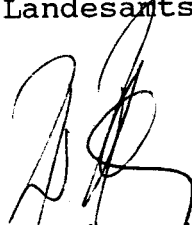
Weiters ist anzumerken, daß aus den Erläuternden Bemerkungen hervorgeht, daß die gegenständliche Regelung § 16 des Urlaubsgesetzes, BGBl. Nr. 390/1976, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 834/1992, zum Vorbild hat. Sie geht allerdings über den im § 16 des Urlaubsgesetzes ausgedrückten Regelungsinhalt insoferne hinaus, als das erkrankte Kind nicht im gemeinsamen Haushalt des Dienstnehmers leben und die Pflegebedürftigkeit nicht eine neuerliche Dienstverhinderung des Dienstnehmers bewirken muß. Da nicht einzusehen ist, warum für Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft günstigere Bestimmungen gelten sollen, wäre im Sinne einer Vereinheitlichung arbeitsrechtlicher Regelungen eine Angleichung an § 16 des Urlaubsgesetzes vorzunehmen.

Zu Z 26 (§ 239 Abs. 2):

Hier müßte noch § 105a Abs. 2 eingefügt werden.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Pillmeier
Obersenatsrat